

BMEIA-AT.2.07.47/0048-II.8b/2017
ZUR VERÖFFENTLICHUNG BESTIMMT

**Übereinkommen über das Verbot
der Entwicklung, Herstellung, Lagerung
und des Einsatzes chemischer Waffen
und über die Vernichtung solcher Waffen;
22. Konferenz der Vertragsstaaten,
Den Haag, 27. November bis 1. Dezember 2017;
österreichische Delegation**

1/67

ZIRKULATIONSBESCHLUSS VOM 22.11.

VORTRAG AN DEN MINISTERRAT

Österreich ist Vertragsstaat des Übereinkommens über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen (BGBl. III Nr. 38/1997 idgF). Dessen Art. VIII lit. B sieht Konferenzen der Vertragsstaaten vor, die insbesondere die Wirkungsweise des Übereinkommens zu überprüfen haben. Voraussichtlich von 27. November bis 1. Dezember 2017 wird in Den Haag/Niederlande die 22. Konferenz der Vertragsstaaten stattfinden.

Zu den wesentlichen inhaltlichen Fragen der Konferenz zählen der Stand der Umsetzung des Übereinkommens, die Jahresberichte der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) und des Exekutivrates der Organisation, die Wahl der Mitgliedstaaten in den Exekutivrat, das Arbeitsprogramm und das Budget der OPCW für das Jahr 2018 sowie Maßnahmen zur Universalisierung des Übereinkommens.

Es ist beabsichtigt, zur 22. Konferenz der Vertragsparteien folgende österreichische Delegation zu entsenden:

Botschafterin Dr. Heidemaria Gürer
Delegationsleiterin

Gesandter Dr. Wolfgang Bányai
Stellvertretender Delegationsleiter

Gesandter Mag. Gerhard Eisl, MA
Stellvertretender Delegationsleiter

Ständige Vertreterin Österreichs bei der
Organisation für das Verbot chemischer
Waffen in Den Haag

Bundesministerium für Europa, Integration
und Äußeres

Ständige Vertretung Österreichs bei der
Organisation für das Verbot chemischer
Waffen in Den Haag

DI Karl Lebeda
Stellvertretender Delegationsleiter

Mag. Katharina Kofler, BA

Oberst Erich Krumpl

Bundesministerium für Wissenschaft,
Forschung und Wirtschaft

Ständige Vertretung Österreichs bei der
Organisation für das Verbot chemischer
Waffen in Den Haag

Bundesministerium für Landesverteidigung
und Sport

Der Delegation werden die erforderlichen Berater/innen aus dem Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, dem Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft sowie dem Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport beigezogen werden.

Die mit der Entsendung dieser Delegation verbundenen Kosten finden ihre Bedeckung im Bundesvoranschlag der jeweils entsendenden Ressorts. Sofern Beschlüsse zu Beitragserhöhungen gefasst werden, werden sie aus den dem zuständigen Ressort zur Verfügung gestellten Mitteln bedeckt.

Im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft und dem Bundesminister für Landesverteidigung und Sport stelle ich daher den

A n t r a g,

die Bundesregierung wolle dem Herrn Bundespräsidenten vorschlagen, die Mitglieder der österreichischen Delegation in der oben angeführten Zusammensetzung zur Teilnahme an den Beratungen und Beschlussfassungen der 22. Konferenz der Vertragsstaaten des Übereinkommens über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen sowie die Leiterin der österreichischen Delegation, Botschafterin Dr. Heidemaria Gürer, und im Fall ihrer Verhinderung den stellvertretenden Leiter der österreichischen Delegation, Gesandten Dr. Wolfgang Bányai, und im Fall auch seiner Verhinderung den stellvertretenden Leiter der österreichischen Delegation, Gesandten Mag. Gerhard Eisl, MA, und im Fall auch seiner Verhinderung den stellvertretenden Leiter der österreichischen Delegation, Ministerialrat DI Karl Lebeda, zur Unterzeichnung der allfälligen Schlussakte der Konferenz zu bevollmächtigen.

Wien, am 14. November 2017
KURZ m.p.